

# Schlechtes Beispiel kann Schule machen

**Bundeswehr: Mängel bei Beschaffung und Einsatz mindern den realen Wert des neuen „Sondervermögens“ um die Hälfte**

DIRK MEYER

Der Ukraine-Krieg hat ein lange bekanntes Versäumnis offenbart: die Gewährleistung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, die „eine staatliche Kernaufgabe“ sei, wie die Bundesregierung erklärte. Doch diese Staatsaufgabe wurde über drei Jahrzehnte zugunsten des Sozialhaushaltes vernachlässigt – der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank von weit über zwei auf nur noch 1,4 Prozent. Und das wurde nicht nur vom früheren US-Präsidenten Donald Trump öffentlich kritisiert.

Im Wehretat wurden 2020 nur 45,1 Milliarden Euro eingeplant – für Arbeit und Soziales hingegen 155,2 Milliarden Euro. Die seit den neunziger Jahren genossene „Friedensdividende“ hat sich jetzt allerdings als Fehlspekulation herausgestellt. Daher soll nun ein „Sondervermögen Bundeswehr“ mit eigener Kreditemächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro für voraussichtlich fünf Jahre errichtet werden – allerdings abseits der 2011 eingeführten „Schuldenbremse“ für Bund und Länder.

Doch bereits das verkündete Ziel einer „Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ ist diskutabel. Was für Linke und Grüne zu eng ausgerichtet ist – in beiden werden sogar Ausgaben für Klimaschutz und Entwicklungshilfe im Sinne einer Konfliktvermeidung angestrebt –, ist für CDU/CSU und AfD viel zu weit gesprungen. Denn die jetzige Entwurfsformulierung ließe auch weitere Waffenlieferungen an die Ukraine auf Kosten der Bundeswehr zu. Das aber würde das von Olaf Scholz verkündete Ziel einer „leistungsfähigen, hochmodernen und fortschrittlichen Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt“, kontakrieren. Deshalb will man hier eine Beschränkung auf „Streitkräfte“ durchsetzen.

## Keine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht

Da die geplante Umgehung der Defizitregel eine Änderung des Artikels 87a Grundgesetz notwendig macht, ist die Ampel-Koalition auf Stimmen von CDU und CSU angewiesen, was hierzu einen Kompromiß erwarten läßt. Dabei stellt die Grundgesetzänderung mit der Umgehung der Schuldenbremse (Art. 115 GG) eine Verfassungsdurchbrechung dar, wie man sie in der Weimarer Republik mit ihren zahlreichen Notstandsgesetzen kannte – einfache Gesetze mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die quasi verfassungsgleich als Ausnahme neben der Reichsverfassung standen. Artikel 79 GG verbietet diese einfachgesetzlichen Umgehungen daher aus gutem Grund.

Mit der kommenden Grundgesetzänderung wird eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht jedoch ausgeschlossen. Im Gesetzentwurf heißt es: „Alternativen – Keine.“ Demgegenüber hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag mehrfach bekräftigt, die Schuldenregel einhalten zu wollen. Aber was wären mögliche Alternativen ohne zusätzliche Kredite? Haushaltsumschichtungen wären eine erste Finanzquelle. Die Möglichkeiten, Haushaltstitel zu kürzen und umzuschichten, dürften jedoch eher begrenzt sein – zumindest kurzfristig



US-Marine-Soldaten hinter Tarnkappenbomber F-35: Lieber Haushaltsumschichtungen und Subventionsabbau statt Neuverschuldung?

und in der angestrebten Größenordnung. Der Bundeshaushalt 2022 sieht bislang 483,9 Milliarden Euro vor – bei 139,9 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme.

Mittelfristig und bei entsprechendem politischen Durchsetzungswillen bieten allerdings allein die zahlreichen Subventionen in Höhe von insgesamt 206 Milliarden Euro (2020) bei einer zehnpromigen Reduktion einen finanziellen Spielraum von etwa 20 Milliarden Euro jährlich. Selbstverständlich könnte man auch je nach ökonomischer Sinnhaftigkeit differenziert kürzen. Sollte dies nicht gelingen, bleiben schließlich Steuererhöhungen.

Da der Finanzbedarf für die Auf- bzw. Nachrüstung der Bundeswehr mittelfristig und erheblich ist, bietet sich – ähnlich dem Solidaritätszuschlag für die „Kosten der deutschen Einheit“ – eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe „Landesverteidigung“ zur Einkommen- und Körperschaftsteuer an. Auch diese würde zu jährlichen Mehreinnahmen von knapp 20 Milliarden Euro führen. Die Akzeptanz dürfte relativ hoch ausfallen, da es eine Quasi-Zweckbindung für einen überwiegend akzeptierten Mitteleinsatz gibt.

Ein grundsätzliches Problem des „Sondervermögens BW“ besteht in der mangelnden Vorsorge für Instandhaltung, Modernisierung und „Betriebsmittel“ (beispielsweise Munition), da hauptsächlich größere Rüstungsvorhaben finanziert werden sollen. Der Kauf des US-Tarnkappenjets F-35, der die vor mehr als 40 Jahren eingeführte Tornado-Flotte teilweise ersetzen soll (JF 13/22), wurde schon im März beschlossen. Wenn die neuen

Flugzeuge, Panzer und Schiffe mit diesen Mitteln zwar beschafft werden können, bleibt dennoch die Finanzierung der Folgekosten ungelöst.

Deshalb wäre eine dauerhafte Aufstockung des Verteidigungsetats angezeigt, um das angestrebte Ziel einer „Ertüchtigung“ strukturell und dauerhaft angehen zu können. Insofern dürfte ein Zusatzbudget von jährlich 20 Milliarden Euro aus eingesparten Subventionen bzw. eines Soli Landesverteidigung zielführender sein als ein Sonderbudget von einmalig 100 Milliarden Euro. Es besteht sonst die große Gefahr, daß die Bundeswehr mit dem Sondervermögen und der veranschlagten Laufzeit von etwa fünf Jahren mittelfristig vor den gleichen Problemen stehen wird wie derzeit.

## Keine grundlegende Strukturreform des Beschaffungswesens

Die Beschaffungsprozesse insbesondere bei Großgeräten ließen in der Vergangenheit erhebliche Ineffizienzen erkennen, die im Ergebnis nicht nur zu sehr komplexen und teuren Systemen, sondern auch zu teils erheblichen Kosten- und Zeitüberschreitungen entgegen den Planvorgaben führten. Langwierige Ausschreibungsverfahren bei mangelndem Wettbewerb, technologisch höchste Ansprüche bei zunehmender technischer Komplexität, nachträgliche Auftragsmodifikationen, unzureichende Rüstungskoooperation mit internationalen Partnern und Neuentwicklungen statt Ikea-Prinzip: „aussuchen, bezahlen, mitnehmen“, wie es der ehemalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) nannte,

sind nur einige Stichworte. Schließlich mangelt es an der Einsatzfähigkeit der militärischen Ausrüstung. Sie liegt – nach Angaben der Bundeswehr (2021) – im Durchschnitt aller 71 Hauptwaffensysteme bei 77 Prozent.

Diesen Normwert übertrafen 38 Hauptwaffensysteme, elf lagen unter 50 Prozent. Rechnet man – eher konservativ – die durchschnittlichen Effizienzverluste bei der Beschaffung von 25 Prozent und die der Einsatzdefizite von 23 Prozent zusammen, so reduziert sich der prognostizierte reale Wert des „Sondervermögens BW“ auf etwa 50 Milliarden Euro. Hinzu kommen Preissteigerungen der Rüstungsfirmen, denn die werden sich ihrer Marktmacht bewußt sein.

Um nicht jeden zweiten Euro für Rüstungsausgaben versickern zu lassen, sollte vor – oder notfalls parallel zu – dieser riesigen Beschaffungswelle eine grundlegende Strukturreform des Beschaffungs- und Einsatzwesens nachweislich durchgeführt werden. Schließlich sollten den negativen „Leuchtturm-Projekten“ zweier Marinetanker (Mehrkosten rund 250 Millionen Euro), den Transporthubschraubern NH90 TTH und NH90 Sea Lion (Einsatzbereitschaft bei nur etwa 19 Prozent) und dem Aushängeschild der Marine, dem Segelschulschiff „Gorch Fock“ (Kostenanstieg der Generalüberholung von zehn auf 135 Millionen Euro), – das jetzt mit Getriebeschaden im Kieler Heimathafen liegt – keine weiteren folgen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
■ Bericht Seite 6

## Bei Gasmangel käme die Produktion zum Erliegen

PADERBORN. Angesichts möglicher Erdgas-Sanktionen sorgt sich der Familienkonzern Benteler, der Autoteile und Stahlrohre herstellt, um seine heimischen Produktionsstätten. „Wir sind laut Bundesnetzagentur ein sogenannter Gas-Großverbraucher in Deutschland. In einer möglichen Abschaltsequenz wären wir daher betroffen“, erklärte Firmenchef Ralf Göttel im *Handelsblatt*. „Von unseren 92 Standorten sind 18 in Deutschland. Fakt ist jedoch: Wenn es zu einem längerfristigen Gasmangel käme, könnten wir die Produktion hierzulande nicht aufrechterhalten.“ Und dies treffe dann die gesamte Autoindustrie in Europa, da dann verschiedene Akteure in der Produktionskette wegbrechen würden. „Die größten Gasverbraucher bei uns sind die Lackierstraßen und die Wärmebehandlung, also das Erhitzen und Formen von Stahl. Ungefähr 40 Prozent unserer Produkte könnten ohne Gas hergestellt werden, 60 Prozent nicht“, erläuterte der 55jährige Diplomingenieur für Automobilbau. „Wir befinden uns als Industrie derzeit in einem Zeitalter der Volatilität, wie ich es in dieser Form noch nie erlebt habe.“ (fis)

► benteler.com/de/produkte-services

## Jährlich 44 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen

BERLIN. Laut den Ergebnissen der 162. Steuerschätzung werden die Finanzämter bis 2026 jährlich etwa 44 Milliarden Euro mehr einnehmen als im November 2021 prognostiziert. Im laufenden Jahr könne der Bund mit Steuereinnahmen von 345,2 Milliarden Euro rechnen, die 16 Bundesländer mit 375,1 Milliarden und die Kommunen mit 127,4 Milliarden. Die EU kann mit 41,6 Milliarden Euro aus deutschen Quellen rechnen. Bundesfinanzminister Christian Lindner sieht dennoch keinen Spielraum für neue Ausgabenprogramme: „Die aktuelle Steuerschätzung kommt in einer Phase hoher Unsicherheit. Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges sind nach wie vor nicht absehbar“, erklärte der FDP-Chef. Die Entwicklung der Zinsausgaben sei ungewiß. An den inflationsbedingten Mehreinnahmen dürfe sich der Staat aber nicht bereichern. Im Herbst wolle er daher „einen Vorschlag vorlegen, um die Wirkungen der kalten Progression auszugleichen“. (fis)

► www.bundeshaushalt.de

## Zahl der Woche

**Auf 8,3 Prozent ist die Inflation** in den USA im April gesunken. Im März lag der Consumer Price Index bei 8,5 Prozent. Entscheidende Preistreiber waren Heizöl (+80,5 Prozent), Kraftstoffe (+43,6), Erdgas und Gebrauchtwagen (je +22,7), Neuwagen (+13,2), Strom (+11) und Lebensmitteleinkäufe (+9,4).

Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics

# „Fahren Sie nicht bis auf die letzte Rille“

**Autobranche: Der Ukraine-Krieg macht auch Reifen knapp und teuer / Ausweg mehr Wiederverwertung?**

PAUL LEONHARD

Renault verkauft seinen Zwei-Drittel-Mehrheitsanteil am Lada-Hersteller Avtovaz an das russische Forschungsinstitut NAMI. VW hat seine Autoproduktion in Kaluga und Nischni Nowgorod eingestellt. Toyota hat die RAV4- und Camry-Montage in Sankt Petersburg beendet. Der finnische Konzern Nokian Tyres darf Reifen aus seinem dortigen Werk wegen des fünften Sanktionspakets nicht mehr in der EU verkaufen. Der japanische Konkurrent Bridgestone hat seine Fabrik in Uljanowsk an der Wolga geschlossen.

Continental macht das Gegenteil. Der Dax-Konzern hat die im März eingestellte Produktion im Reifenwerk Kaluga südwestlich von Moskau auf Druck der russischen Behörden wieder aufgenommen – ansonsten drohten „unseren Mitarbeitern und Führungskräften in Rußland harte strafrechtliche Konsequenzen, sollten wir darauf verzichten, die lokale Nachfrage zu bedienen“, hieß es aus der Firmenzentrale in Hannover. Und auch in Deutschland droht ein Reifenengpaß – und dafür ist nicht nur der Ukraine-Krieg verantwortlich.

Nachdem bereits vor einem Jahr weltweit der Naturkautschuk knapp wurde und die Preise zweistellig stiegen, geht der Branche jetzt der Ruß aus. Dieser pulverförmige Feststoff besteht zu 80 bis 99,5 Prozent aus Kohlenstoff, er gilt eigentlich als unerwünschtes Nebenprodukt. Doch Industrieruß, wie er zu 80 Prozent bei der Herstellung von Autoreifen Anwendung findet, ist ein Füllstoff und Schwarzpigment, er wird gezielt hergestellt. Dabei

gibt es etwa 40 verschiedene Typen von Ruß. Diesen Qualität bestimmt dann Naßrutschfestigkeit, Abrieb oder Rollwiderstand von Reifen.

Drei Kilogramm „Carbon Black“ stecken in einem Autoreifen. Aber auch für Batterien, Schläuche, Dichtungen und andere Gummiprodukte wird er benötigt. Ein Drittel des unverzichtbaren Rohstoffes importierte die deutsche Industrie bisher aus dem Putin-Reich. Und „die europäischen Kapazitäten reichen nicht aus, den Bedarf zu decken“, erklärte Boris Engelhardt, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbands der deutschen Kautschukindustrie (WDK). Für Importe aus China oder Indien fehlten coronabedingt noch immer die Transportkapazitäten.

## „Rollen Traktoren in Deutschland bald wieder auf blankem Metall?“

Dazu kommt, daß ohne preisgünstigen Rohstoff aus Rußland die westeuropäische Gummiproduktion zu teuer wird. Mangels Ruß seien bereits in Frankreich und Italien Produktionsanlagen stillgelegt worden. In Deutschland sei das nur eine Frage der Zeit. In Österreich hat der Gummiersteller Semperit bereits seine Gewinnerwartungen reduziert. Betroffen sind auch die Lebensmittel- und Pharmaindustrie sowie Bekleidungshersteller. Die europäischen Reifenhersteller haben vorsorglich schon mal die Preise angehoben, einige Reifensorten sind 15 Prozent teurer als zu Jahresbeginn. Der französische Michelin-Konzern, der zweitgrößte Reifenhersteller der Welt, hat zum 1. Mai an der

Preisspirale gedreht. Continental will „je nach regionalen Gegebenheiten individuell über notwendige Preisanpassungen“ entscheiden. Auch Pirelli geht diesen Weg. Spätestens zur Winterreifensaison werden das die deutschen Verbraucher spüren.

„Rollen Traktoren bald wieder auf blankem Metall?“ titelte schon das Portal „Agrar heute“ und erinnerte daran, daß auch bei den Landwirten ohne Reifen nichts fahre: kein Traktor, Mähdrescher, Gummwagen, keine Palette an den Anbaugeräten. Gerade in der Erntezeit könne es zu Engpässen kommen, wenn dann „unmittelbar ein bestimmter Reifen benötigt werde, wird Henrik Schmutte vom Reifengroßhändler Bohnenkamp in Osnabrück zitiert: „Fahren Sie nicht auf die letzte Rille.“

Die kommenden Engpässe werden wohl auch zu einem Umdenken beim Umgang mit Altreifen führen, die bisher zu 40 Prozent verbrannt wurden. Langfristig könnten sie zu einem begehrten Rohstoff werden: Sie können zu Gummimehl vermahlen und dann wieder für die Reifenproduktion verwendet werden. Auch die Ruß-Frage ließe sich lösen: 1934 wurde das Degussa-Gasrußverfahren vorgestellt, das Teeröl als Ausgangsstoff nutzte. Deutschland war in der Reifenherstellung technisch schon einmal führend. Die USA nutzten ab 1943 das Furnace-Ruß-Verfahren auf Basis von Öl und Gas. Und in der DDR waren runderneuerte Reifen in der realsozialistischen Mangelwirtschaft Standard. Und das kann wiederkommen: Die passende EU-Norm ECE R 108 gibt es schon.

Verband der deutschen Kautschukindustrie:  
► www.wdk.de/positionen-ubersichtsseite

UNGEBORENE KINDER HABEN  
EIN RECHT AUF LEBEN

JA zum Lebensschutz!  
NEIN zur Werbeurlaubnis  
für Abtreibungen!

Christen in der Alternative für Deutschland e. V.

Web: [www.chrafd.de](http://www.chrafd.de)  
Mail: [kontakt@chrafd.de](mailto:kontakt@chrafd.de)  
IBAN: DE16 6305 0000 0021 2515 08  
BIC: SOLADES1ULM